

Kammerversammlung am 5. November 2016 in Düsseldorf

Die Versorgung von Geflüchteten, die Entwicklung von Weiterbildungen in der Psychotherapie bei chronischen körperlichen Erkrankungen, die Mitwirkung von Frauen in der Berufspolitik und eine Analyse der Änderungen in der Psychotherapie-Richtlinie waren einige der Themen der Sitzung der Kammerversammlung der Psychotherapeutenkammer NRW (PTK NRW) am 5. November in Düsseldorf. Zudem standen der Haushalt und Wahlen auf der Tagesordnung.

Aufgaben auf Landesebene

Seinen mündlichen Bericht eröffnete Gerd Höhner, Präsident der PTK NRW, mit einem Hinweis zur Bedarfsplanung. Derzeit sei kein Änderungswille bei den Beteiligten zu erkennen und



Gerd Höhner

vor Ende 2019 nicht mit einem Beschluss des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) zu rechnen, so seine Einschätzung. „Wir haben aber ausführlich mit Herrn Laumann, dem Patientenbeauftragten der Bundesregierung, über die Planungsprobleme gesprochen und ihre Bedeutung für die Praxis deutlich gemacht. Auf Landesebene werden wir uns weiterhin intensiv mit diesem Thema auseinandersetzen.“

Eine engagierte Mitarbeit strebe die Kammer in dem im September gestarteten Modellprojekt „in2balance – Laienhilfe für Geflüchtete zur psychischen Stabilisierung“ an. In diesem vom nordrhein-westfälischen Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter (MGEPA)

finanzierten Projekt werden Laienherinnen und -helfer beim Psychosozialen Zentrum für Flüchtlinge (PSZ) in Düsseldorf geschult und bei der Unterstützung und Beratung von Geflüchteten begleitet. Durchgeführt wird es in Kooperation mit dem Institut für Qualität im Gesundheitswesen Nordrhein (IQN), der Ärztekammer Nordrhein und der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein. „Wir können uns dort professionell einbringen und unsere Angebote publik machen“, hielt Gerd Höhner fest. „Die Kammer wird zudem prüfen, wie die Geflüchteten in unser Versorgungssystem gelangen und was wir vor Ort konkret tun können.“

Auch in der Landesgesundheitskonferenz (LGK), die für 2017 das Thema „Prävention“ gewählt hat und im Oktober erstmals zusammenkam, werde die Kammer als geborenes Mitglied weiter aktiv mitarbeiten, informierte Gerd Höhner. In dem Beteiligungsverfahren zur Entwicklung eines Landespsychiatrieplans hätten die eingebundenen Kammermitglieder in intensiver Mitar-

beit bereits viel erreicht. „Wir haben die Psychotherapie unübersehbar und mit anderen Versorgungsangeboten gleichberechtigt verorten können“, hielt Gerd Höhner fest. Die endgültige Fassung des Landespsychiatrieplans ist im März 2017 zu erwarten.

Zentrale Zukunftsthemen

Ein Anliegen war dem Kammerpräsidenten die Weiterbildung in Psychotherapie bei chronischen körperlichen Erkrankungen. „Ich sehe hier ein enormes Entwicklungsfeld für unsere beiden Berufe. Wir sollten daher in NRW entsprechende Angebote für unsere Kolleginnen und Kollegen vorantreiben – unabhängig davon, wie schnell die Diskussion zu diesem Thema auf Bundesebene verläuft“, sagte Gerd Höhner. Ein weiteres zentrales Zukunftsthema sei die Aufgabe, sich damit auseinanderzusetzen, dass vornehmlich Frauen in den Beruf streben. Ebenso habe die Profession sich mit der Frage zu beschäftigen, wie Neuapprobierte – auch vor dem Hintergrund möglicher



Plenum der 6. Sitzung der 2. Kammerversammlung

Bedarfsgrenzen – demnächst in Arbeit gelangen.

Cornelia Beeking aus dem Vorstand der PTK NRW berichtete über das Symposium „Frauen in die Berufspolitik!“, das die Bundespsychotherapeutenkammer im September veranstaltet hatte.



Cornelia Beeking

Sie skizzierte die dort vorgestellten Ansätze, wie Frauen in den Gremienstrukturen stärker vertreten sein könnten und warb dafür, sich auch in NRW intensiver damit zu beschäftigen. Die Landesregierung hat bereits einen Gesetzentwurf zur Neuregelung des Gleichstellungsrechts in den parlamentarischen Prozess eingebracht. Er sieht bei der Aufstellung von Listen und Kandidaturen für Wahlgremien einen Frauenanteil von mindestens 40 Prozent vor. „Weit über die Hälfte unseres Berufs wird von Frauen ausgeübt; bei den unter 35-jährigen Therapeuten liegt ihr Anteil derzeit bei 90 Prozent“, erläuterte Cornelia Beeking die Besonderheit der Profession der Psychotherapeuten. In den Gremien spiegelt sich das jedoch nicht wider. Es ist daher dringend notwendig, dass wir junge Frauen gezielt ansprechen und fördern. Das hat uns alle zu kümmern – Frauenförderung ist keine Frauenaufgabe.“ In einer neu gebildeten Bund-Länder-AG zu diesem Thema nimmt Cornelia Beeking für NRW teil.

In der Aussprache wurde hinsichtlich der Versorgung von Geflüchteten darauf hingewiesen, dass Laienhelfer keine psychotherapeutischen Aufgaben übernehmen dürfen. Eine Kultur der mündlichen Begegnung im Rahmen ehrenamtlichen Engagements sei wichtig und wirksam. Zur notwendigen Behandlung psychischer Erkrankungen seien aber professionelle Angebotsstrukturen zu schaffen. Zum Landespsychiatrieplan merkte ein Kammermitglied an, dass in der Arbeit daran vor allem eine Unterversorgung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit Behinderung deutlich

geworden sei, mit der man sich befassen müsse. Des Weiteren diskutierte die Kammerversammlung, wie sinnvoll eine 18-monatige Weiterbildung „Psychotherapie bei Diabetes“ sei, ob darin eine Abwertung oder Aufwertung der Profession liege und ob Psychotherapeuten diesen Weg einer zusätzlichen Qualifizierung überhaupt einschlagen würden. Andere Stimmen sahen darin gerade eine Möglichkeit für Neuapprobierte und begrüßten die Schaffung entsprechender Strukturen. Die Weiterbildung könne auch eine Chance sein, zum Beispiel über die Mitarbeit in einer Fachklinik in den Beruf zu kommen oder eine Sonderbedarfszulassung zu beantragen.

Barbara Lubisch aus dem Vorstand der PTK NRW fügte hinzu, dass man sich auch um Interessenten für den Weiterbildungsgang Neuropsychologie kümmern müsse. „Wir haben in der letzten Kammerversammlung Regelungen beschlossen, die diese Weiterbildung vereinfachen. Dennoch sind wir mit der aktuellen Situation nicht zufrieden; nicht zuletzt weil die Finanzierung der Weiterbildungstherapien nicht gesichert ist. Das ist ein bundesweites Problem. Wir wollen die aktiven Neuropsychologen dazu befragen, damit wir die Hindernisse besser verstehen und Lösungen suchen können.“

Jahresabschluss 2015 und Haushalt 2017

Einen detaillierten Überblick über den Jahresabschluss 2015 gab Andreas Pichler. Der Vizepräsident der PTK NRW informierte, dass die Ausgaben unter dem Planziel geblieben sind. Hier würden sich unter anderem Vakanzes im Stellenplan und eine geringere Zahl an Informationsveranstaltungen der Kammer als in den Jahren zuvor auswirken. Infolge geringerer Beitragseinnahmen nach der Umstellung auf einen



Andreas Pichler

einkommensbezogenen Kammerbeitrag – zunächst ohne Sockelbeitrag für jedes Mitglied – hatte sich im Haushalt 2015 eine Unterdeckung ergeben. Sie konnte durch die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage ausgeglichen werden. Nach Empfehlung des Finanzausschusses wurde der Jahresabschluss 2015 durch die Kammerversammlung einstimmig angenommen und der Vorstand für das Geschäftsjahr 2015 entlastet.

Mit Blick auf das Haushaltsjahr 2017 erklärte Andreas Pichler, dass die Kammer einen Mitgliederzuwachs und damit Mehreinnahmen aus den Beitragserlösen erwarte. „Dem stehen Mehrausgaben gegenüber, da wir aufgrund tariflicher Anpassungen mehr Personalkosten haben werden und durch die Teilnahme von Mitgliedern der Kammerversammlung an Gremiensitzungen und Veranstaltungen, wie dem geplanten großen Ratschlag im Januar, weitere Kosten entstehen.“ Die Rücklage würde 2017 weiterhin aufgefüllt, allerdings fiel die Zuführung geringer aus als in 2016. „In Abstimmung mit dem Revisionsverband ist eine mittelfristige Wiederauffüllung der Rücklage bis 2019 vorgesehen“, berichtete Andreas Pichler. „Dies ist so geplant, da die Kammer kein Sparorgan ist, sondern weiterhin als Interessensvertretung wie gewohnt agieren soll.“ Der Haushaltsplan und der Soll-Stellenplan 2017 wurden von der Kammerversammlung einstimmig angenommen.

Einstimmige Wahlergebnisse

Aufgrund der gestiegenen Mitgliederzahl fällt der Kammer ein zusätzlicher Sitz im Deutschen Psychotherapeutentag (DPT) zu. Zur neuen Bundesdelegierten wählte die Kammerversamm-



Julia Leithäuser,

Burkhard Ciupka-Schön

lung die Psychologische Psychotherapeutin Julia Leithäuser aus Bonn, Fraktion Kooperative Liste, zum Stellvertreter der Psychologischen Psychotherapeuten Burkhard Ciupka-Schön aus Krefeld, Fraktion Kooperative Liste. Als neues stellvertretendes Mitglied der Fraktion Kooperative Liste im Ausschuss Satzung und Berufsordnung wurde der Psychologische Psychotherapeut Felix Jansen aus Köln gewählt. Alle drei Wahlergebnisse waren einstimmig.



Felix Jansen

Delegiertensitze im DPT

Intensiv diskutierte die Kammerversammlung das im Länderrat erarbeitete Kommissionsmodell zur Begrenzung der Delegiertensitze für die Landeskammern im DPT auf 120 statt gemäß geltender Satzungsregelung 140. NRW würde danach in Zukunft vier Mitglieder weniger in die Bundesversammlung entsenden.

In der Aussprache führten einige Kammerversammlungsmitglieder an, dass man sich nicht selbst begrenzen und sich keinen Eliteprozess leisten sollte. Eine größere Delegiertenzahl ermögliche zudem die Einbindung von Minderheiten. Mehrere Mitglieder sahen aber auch Argumente für eine Begrenzung. So sei es erstrebenswert, sich um eine in der Größe arbeitsfähige und kosteneffiziente Selbstverwaltung zu bemühen. Zudem seien Themenvielfalt und Repräsentativität auch mit 120 Mitgliedern gegeben.

Ausbildungsreform

Die aktuellen Arbeitsentwürfe und Ergebnisse des BPTK-Projektes Transition zur Reform des Psychotherapeutengesetzes stellte Wolfgang Schreck, Vorstandsmitglied der PTK NRW und der BPtK, vor. Man habe Details und einen Kompetenzkatalog einer Approbations-

ordnung erarbeitet. Ebenso habe man Eckpunkte und Mindestanforderungen an die Weiterbildung konsentiert.



Wolfgang Schreck

„Geklärt werden muss aber beispielsweise noch, wie die stationäre Weiterbildung finanziert werden kann. Die Expertise des von der BPtK beauftragten Deutschen Krankenhausinstituts wird hierzu Perspektiven aufzeigen. Zudem wurde für den Bereich der ambulanten Weiterbildung das Essener Forschungsinstitut EsFoMed beauftragt, Realisierungsvorschläge zu erarbeiten“, erläuterte Wolfgang Schreck.

Neue Kammeraufgaben

Mit der Formulierung von Aufgaben, die in der zukünftigen Weiterbildung auf die Kammer übergehen, befasst sich derzeit der Ausschuss zur Reform der Psychotherapeutenausbildung/Zukunft



Dr. Jürgen Tripp

des Berufs der PTK NRW. Dies betreffe unter anderem das Prüfungswesen, die Anerkennung und Erteilung von Weiterbildungsbefugnissen und die Festlegung eines Curriculums, informierte der Ausschussvorsitzende Dr. Jürgen Tripp, Fraktion Kooperative Liste.

In der Aussprache wurde unter anderem angemerkt, dass die Ausbildung nicht überfrachtet werden dürfe. Zu klären sei, wie viele Praxisanteile bereits das Studium vorsehe und wie viel Zeit für Grundlagenarbeit bleibe. Zur Sprache kam auch die Befürchtung, dass mit der Weiterbildung ein Engpass entstehen könnte, da nicht alle Berufs-

wörter nach dem Studium eine Stelle erhalten werden.

Psychotherapie-Richtlinie

Barbara Lubisch aus dem Vorstand der PTK NRW skizzierte die G-BA-Beschlüsse zur Flexibilisierung der Psychotherapie-Richtlinie. Manche neuen Regelungen seien durchaus positiv zu werten, führte



Barbara Lubisch

Barbara Lubisch aus. „Die Sprechstunde wird uns einige Umstellung abverlangen, stärkt aber unsere diagnostische Kompetenz und verbessert mit den erweiterten Befugnissen die Koordinationsfunktion der Psychotherapeuten – auch in der Wahrnehmung der anderen Arztgruppen. Durch bessere Erreichbarkeit und die Sprechstunde erleichtern wir zudem den Zugang zur Psychotherapie.“ Es gäbe aber auch Schattenseiten; so müsse man insbesondere monieren, dass keine neuen Kapazitäten geschaffen werden. „Uns gefällt nicht alles an den neuen Regelungen“, bilanzierte Barbara Lubisch. „Doch wenn die Reform gelingt, wurde einiges umgesetzt, was lange Jahre auf unserem Forderungskatalog stand – und unsere Profession hat sich als reformfähig erwiesen.“

In der Aussprache spiegelte sich Enttäuschung über die Neuregelungen, aber auch die Hoffnung, die Versorgung demnächst flexibler anpassen zu können. Kritisiert wurde unter anderem, dass die Sprechstunde zu Lasten der Therapiesitzungen ginge und sich der Flaschenhals bis zur Weiterbehandlung vergrößern könne. Andere Kammerversammlungsmitglieder hoben hervor, dass der niedrigschwellige Zugang für manche Patienten eine Erleichterung sein werde. PTK NRW Vorstandsmitglied Bernhard Moors bezeichnete es als deutlichen Gewinn, dass bei der Therapie von Kindern und Jugendlichen künftig auch das Umfeld einbezogen werden kann.

Berichte aus den Ausschüssen

Aus dem Ausschuss Fort- und Weiterbildung berichtete die Vorsitzende Anni Michelmann, Fraktion DGVT. Aktuell beschäftigt sich der Ausschuss mit der Frage, ob die Kammer



Anni Michelmann



Oliver Staniszewski Alfons Bonus

die Prüfung der Voraussetzungen für die Anerkennung von Fortbildungsmaßnahmen dem Veranstalter übertragen könnte. Oliver Staniszewski, Fraktion

Bündnis KJP und Vorsitzender des Ausschusses Psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen, stellte eine bessere Versorgung bei Intelligenzminderung oder geistiger Behinderung und bei chronischen Erkrankungen als zentrale Aufgaben vor. Alfons Bonus von der Fraktion PsychotherapeutInnen NRW und Vorsitzender des Finanzausschusses informierte darüber, dass der Ausschuss unter anderem mit der Umsetzung der neuen Beitragsordnung befasst sei sowie mit Fragen zur Selbsteinstufung der Kammermitglieder für die Beitragsbemessung.

3. Regionalversammlung in Gelsenkirchen

Am 7. September 2016 hatte die Psychotherapeutenkammer NRW (PTK NRW) ihre Mitglieder im Regierungsbezirk Münster zu einer Regionalversammlung eingeladen. Wie zuvor in den zwei erfolgreichen Regionalversammlungen für die Regierungsbezirke Detmold und Arnsberg wurden auch in Gelsenkirchen aktuelle berufspolitische und kammerbezogene Themen aufgegriffen.

Zu Beginn der Versammlung ging Gerd Höhner, Präsident der PTK NRW, darauf ein, dass die beiden Heilberufe der Psychotherapeuten nunmehr zwar seit 17 Jahren Teil des Versorgungssystems sind, aber als ein damit immer noch junger Beruf mitnichten von allen Akteuren zweifellos akzeptiert seien. Dies zeige sich unter anderem in den Diskussionen zu der geplanten Reform des Psychotherapeutengesetzes oder bei Themen wie der Befugnisweiterung für Psychotherapeuten. Umso wichtiger sei es, dass man mit Nach-

druck und Kontinuität für die Akzeptanz der Berufsgruppe eintrete. „Im Alltag ist dies eine kleinteilige Arbeit, die viel Präsenz in Sitzungen und Gremien, Gespräche und Geduld erfordert. Nach außen ist diese Arbeit oft wenig sichtbar – im berufspolitischen Engagement der Kammer spielt sie jedoch eine große Rolle.“

Einblick in die Kammerarbeit

Im Folgenden skizzierte Gerd Höhner die Aktivitäten der PTK NRW zu verschiedenen aktuellen berufspolitischen Themen. Dazu gehöre unter anderem die erfolgreiche Mitwirkung der Kammer an der Entwicklung eines Landespsychiatrieplans NRW, in dem man die Leistungen der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten angemessen habe positionieren können.

Im Rahmen der vielfältigen Bestrebungen der Kammer für eine adäquate Versorgung von Geflüchteten forderte Gerd Höhner die versammelten Mitglieder auf, sich an der Umfrage der Kammer zu Aktivitäten in der Flüchtlingsversorgung in den Regionen zu beteiligen. „Je mehr wir darüber wissen, umso besser können wir zu einer Vernetzung von Akteuren beitragen“, betonte er. Der Fragebogen kann im Internet unter www.ptk-nrw.de, Menüpunkt „Psychotherapeutische Versorgung von Flüchtlingen“ abgerufen und online ausgefüllt werden.

Ein weiteres Thema waren die aktuellen Probleme in der Bedarfsplanung und der Vorschlag der PTK NRW an den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA), die Planung sowohl auf die Leistungsmengen von Praxen mit Kassenzulassung als auch von Praxen zu gründen, die im Kostenerstattungsverfahren abrechnen. Auch die Entwicklung der Beitragsordnung der Kammer und im Zusammenhang damit die Frage nach der Definition von psychotherapeutischen Leistungen wurden diskutiert. Ebenfalls tauschten sich die versammelten Mitglieder zu der Reform der Psychotherapeutenausbildung und dem G-BA-Beschluss zur Flexibilisierung der Psychotherapie-Richtlinie aus.

Auslage Haushaltsplan 2017

Der Haushaltsplan 2017 kann in der Zeit vom 16. bis 27. Januar 2017 zu den üblichen Öffnungszeiten in der Geschäftsstelle der Psychotherapeutenkammer NRW eingesehen werden.

Geschäftsstelle

Willstätterstraße 10
40549 Düsseldorf
Tel. 0211/52 28 47-0
Fax 0211/52 28 47-15
info@ptk-nrw.de
www.ptk-nrw.de



Regionalversammlung in Gelsenkirchen